

schen Wertvorstellungen verpflichtet sind. Staat und Gesellschaft seien heute im Zeichen des Wertpluralismus nicht in der Lage, derartige Werte vorzugeben. Um so wichtiger sei die Rolle der Kirchen, die eine öffentliche Aufgabe erfüllen. Daher sei zum Beispiel der Religionsunterricht für unsere Gesellschaft von fundamentaler Bedeutung.

Zurückhaltung in den Reihen der SPÖ

Auf katholischer Seite meldete sich der Grazer Theologieprofessor *Maximilian Liebmann* zu Wort, der statt der Kirchensteuer eine *allgemeine Kultursteuer* nach italienischem Vorbild vor-

schlug, die der einzelne Staatsbürger je nach seiner Entscheidung den Kirchen oder bestimmten Kulturorganisationen zukommen lassen sollte. Der Bischof von Graz-Seckau, *Johann Weber*, der schon die Äußerungen von Heide Schmidt als „unnötig und wenig überlegt“ bezeichnet hatte, blockte diesen Vorschlag umgehend ab. Es wäre auch für den Staat nicht gut, wenn die Kirchen völlig an den Rand gedrängt und zu bloßen Privatvereinen würden.

Am bemerkenswertesten in dieser Debatte war die Zurückhaltung, ja das Schweigen in den Reihen der SPÖ. Auf sozialistischer Seite gab es kaum eine einzige kritische Stimme in dieser Angelegenheit, und der sozialistische Innenminister *Franz Löschnak* exekutierte umgehend und ohne jeden Widerspruch die Novellierung des Melde-

gesetzes. Anhand dieses Beispiels läßt sich wohl erkennen, daß die SPÖ zur Zeit ihr insgesamt gutes Verhältnis zur Kirche nicht aufs Spiel setzen möchte. Auch Jörg Haider mischte sich in den Streit nicht ein. Nur von seiten der Grün-Alternativen wurde bemerkt, es solle eigentlich kein Unterschied sein zwischen einem Verein zur Unterstützung einer Religion und einem Verein, der sich um das Fußballpunktesammeln bemüht.

Insgesamt versickerte die Debatte schneller als ursprünglich anzunehmen war. Übrig blieb nur ein leises Schmunzeln in österreichischen Breiten, als eine deutsche Wochenzeitung in ihrer Silvester-Ausgabe Heide Schmidt unter der Rubrik „Menschen, die uns Mut machen“ vorstellte... F. C.

Rußland hat entschieden

Die Parlamentswahlen vom Dezember und die neue Verfassung

Mitte Januar trat das neue russische Parlament (bestehend aus „Staatsduma“ und „Föderationsrat“) zu seiner ersten Sitzung zusammen. In der Staatsduma stellen Abgeordnete des nationalistisch-kommunistischen Lagers die Mehrheit. Anlaß zur Sorge gibt vor allem das gute Abschneiden der Partei des Nationalisten Schirinowskij. Die neue Verfassung, die parallel zur Parlamentswahl mit knapper Mehrheit angenommen wurde, gibt dem Präsidenten eine starke Stellung. Mit einer reibungslosen Fortsetzung der demokratisch-marktwirtschaftlichen Umgestaltung ist nicht zu rechnen.

Die Auflösung des Volksdeputiertenkongresses mit seinem Obersten Sowjet durch den russischen Präsidenten am 21. September 1993 und die blutige Zerschlagung des militärischen Widerstandes unbelehrbarer Deputierter am 3. und 4. Oktober 1993 durch Jelzin machten Parlamentswahlen am 12. Dezember 1993 dringend erforderlich. Das neue Parlament sollte auf der Grundlage einer neuen Verfassung gewählt werden, über die am Wahltag abzustimmen war. Die In-Kraft-Setzung einer neuen Verfassung war aus politischen Gründen notwendig, um die alte Verfassung abzulösen, die keinen demokratischen Mechanismus kannte, um die gegenseitige Blockierung der beiden staatlichen Gewalten Volksdeputiertenkongreß und Präsident zu überwinden.

Die Hälfte der 450 Abgeordneten der Staatsduma, des „Unterhauses“ des Parlaments, wurde in Einmannwahlkreisen gewählt, die andere Hälfte nach Parteilisten. Für

die Parlamentswahlen kandidierten insgesamt 13 Parteien, Bewegungen und Wahlblöcke. Von den Parteien waren das mit ihren Spitzenkandidaten:

- die „Agrarpartei Rußlands“, gegründet am 23. Februar 1993, mit ihrem Vorsitzenden *Michail Lapschin*, Direktor einer landwirtschaftlichen Aktiengesellschaft;
- die „Demokratische Partei Rußlands“ (DPR), gegründet am 26. Mai 1990 (60 000 Mitglieder), mit ihrem Ehrenvorsitzenden *Nikolaj Trawkin*, Leiter der Verwaltung des Schachowskij-Rajons im Gebiet Moskau;
- die „Liberal-demokratische Partei Rußland“ (LDPR), gegründet am 31. März 1990 (100 000 Mitglieder), mit ihrem Vorsitzenden *Wladimir Schirinowskij*;
- die „Kommunistische Partei der Russischen Föderation“ (KPRF), am 24. März 1993 wiederbelebt (600 000 Mitglieder), mit ihrem Vorsitzenden *Gennadij Sjuganow* und
- die „Partei der Russischen Einheit und Eintracht“ (russ.

Abkürzung PRES), gegründet am 17. Oktober 1993, mit ihrem Vorsitzenden Sergej Schachraj, Stellvertretender Regierungschef der Russischen Föderation.

Ferner kandidierten folgende *Bewegungen*:

- die „Russische Bewegung für demokratische Reformen“ (RBDR) mit ihrem Führungsmitglied *Anatolij Sobtschak*, Oberbürgermeister von St. Petersburg;
- die „Konstruktiv-ökologische Bewegung ‚Zeder‘“ mit ihrer Spitzenkandidatin *Ljubow Lymar*, Vorsitzende der Bewegung „Soldatenmütter Rußlands“ und
- die „Politische Bewegung ‚Frauen Rußlands‘“ mit ihrer Spitzenkandidatin *Alewitina Fedulowa*, ehemalige Komsofmolfunktionärin und später Vorsitzende des „Komitees sowjetischer Frauen“.

Außerdem schlossen sich verschiedene Parteien und Gruppierungen zu folgenden *Wahlblöcken* zusammen:

- zur „Wahl Rußlands“, bestehend aus der gleichnamigen Bewegung, der Bewegung „Demokratisches Rußland“, der „Partei ‚Demokratische Initiative‘“ und der „Bauernpartei Rußlands“, mit ihrem Spitzenkandidaten *Jegor Gajdar*, damals Erster Stellvertretender Regierungschef Rußlands;
- zum „Block ‚Jawlinskij/Boldyrew/Lukin‘“ (russ. Abkürzung JABLOKO), zu dem sich die „Russische christlich-demokratische Union – Neue Demokratie“ – eine der untereinander zerstrittenen vier christlich-demokratischen Parteien –, die „Republikanische Partei der Russischen Föderation“ und die „Sozial-demokratische Partei der Russischen Föderation“ zusammengeschlossen haben, mit seinen beiden Spitzenkandidaten, dem bekannten Marktwirtschaftler *Grigorij Jawlinskij*, der 1990 Stellvertretender russischer Regierungschef war, und *Wladimir Lukin*, russischer Botschafter in den USA. *Jurij Boldyrew* überlegte es sich anders und kandidierte erfolgreich für den Föderationsrat.
- zum Wahlblock „Zukunft Rußlands – Neue Namen“, zu dem sich die „Politisch-ökonomische Assoziation ‚Bürgerunion‘“ und die „Jugendbewegung zur Unterstützung der Volkspartei Freies Rußland“ – der ehemaligen Ruzkoj-Partei – zusammenschlossen, mit seinem Spitzenkandidaten *Wjatscheslaw Laschewskij*, einem ehemaligen Komsofmolfunktionär;
- zur „Bürgerunion für Stabilität, Gerechtigkeit und Fortschritt“, ein Bündnis der Unternehmervverbände „Russische Union der Industrievertreter und Unternehmer“ sowie der „Assoziation der Industrievertreter und Unternehmer Rußlands“, der Gewerkschaften der Holzwirtschaftsarbeiter sowie der Arbeiter in der Bauwirtschaft und Baumaterialienindustrie, der Parteien bzw. parteiähnlichen Vereinigungen „Allrussische Union ‚Erneuerung‘“ und des „Russischen sozial-demokratischen Zentrums“ und der „Bewegung ‚Kriegsveteranen für den Frieden‘“, mit ihrem Spitzenkandidaten, dem Unternehmervverbandsvorsitzenden *Arkadij Wolskij* und

- zum Wahlblock „Würde und Barmherzigkeit“ mit seinem Spitzenkandidaten, dem Akademiemitglied *Konstantin Frolow*.

Drei Lager lassen sich unterscheiden

Das *demokratische* „Lager“ bilden die „Wahl Rußlands“, PRES, der „Block Jawlinskij/Boldyrew/Lukin“ und RBDR. Diese vier Parteien, Bewegungen und Wahlblöcke unterscheiden sich in der genannten Reihenfolge hinsichtlich des abnehmenden Reformtempos, das angestrebt wird. Der Wahlblock „Wahl Rußlands“ formierte sich hauptsächlich aus Vertretern des Jelzin- und des Regierungsblocks. PRES hat einen stärkeren Bezug zu den Regionen. Die RBDR setzt sich vor allem aus Angehörigen der alten liberalen Nomenklatur zusammen und möchte am amtierenden Regierungschef Tschernomyrdin festhalten. JABLOKO hat ein eigenständiges Marktwirtschaftsprogramm ausgearbeitet und möchte, daß sein Spitzenkandidat Premierminister wird. Die demokratischen Gruppierungen wollen in der Staatsduma nicht zusammenarbeiten: Gajdar habe sich mit seiner Wirtschaftspolitik kompromittiert; wenn man mit ihm zusammenarbeite, würde man sich selbst kompromittieren.

Zum *zentristischen* Lager können die DPR, die „Bürgerunion für Stabilität, Gerechtigkeit und Fortschritt“, „Zukunft Rußlands – Neue Namen“, „Würde und Barmherzigkeit“, die „Politische Bewegung ‚Frauen Rußlands‘“ und die „Konstruktiv-ökologische Bewegung ‚Zeder‘“ gerechnet werden. Die Zentristen wollen keine Rückkehr zum Kommunismus und keine Aufgabe der Reformen, aber eine gründlich andere Strategie für die Einführung der Marktwirtschaft mit stärkeren staatlichen-dirigistischen Elementen und Eigentumsformen.

Zum *nationalistisch-kommunistischen* Lager gehören die LDPR, die KPRF und die Agrarpartei. Die LDPR will die alte Sowjetunion in Form des russischen Zarenreiches wiederherstellen. Sie geht davon aus, daß die übrigen GUS-Staaten allein nicht lebensfähig sind und von sich aus den Anschluß an Rußland suchen werden. Innerhalb Rußlands will die Partei eine neue Aufteilung in rund 20 große Gouvernements nach zaristischem Vorbild vornehmen, die sich an den wirtschaftlichen Gegebenheiten orientieren und auf nationale Besonderheiten keine Rücksicht nehmen. Die KPRF hat inzwischen sozial-demokratische Elemente in ihr Programm aufgenommen, weswegen sich die übrigen fünf orthodoxen kommunistischen Splitterparteien am 6. Januar 1994 zu einer Union gegen die KPRF zusammengeschlossen haben. Die Agrarpartei ist hauptsächlich eine Partei von Kolchos- und Sowchos-Direktoren, auch wenn die Kollektivwirtschaften bzw. Staatsgüter inzwischen teilweise in Aktiengesellschaften umgewandelt worden sind. Sie steht der KPRF nahe und vertritt das politische Interesse ihrer Klientel: Erhaltung der Kollektivwirtschaften bzw. Staatsgüter, wenn nötig auch unter der neuen Bezeichnung einer landwirtschaftlichen Aktiengesellschaft.

Laut offiziellem Ergebnis der Listenwahl, das am 25. Dezember 1993 bekanntgegeben wurde (ITAR-TASS russ. 25. 12. 1993), beteiligten sich von den etwas mehr als 106 Millionen Wahlberechtigten nur 54,8 Prozent an der Wahl. 2,3 Millionen kreuzten auf dem Stimmzettel „Gegen alle Listen“ an. Diese Abstimmöglichkeit ist eine Eigenart des russischen Wahlsystems. Bei der Listenwahl siegte die LDPR mit 22,8 Prozent, gefolgt von dem Wahlblock „Wahl Rußlands“ mit 15,4 Prozent, der KPRF mit 12,4 Prozent, der „Politischen Bewegung ‚Frauen Rußlands‘“ mit 8,1 Prozent, der Agrarpartei mit 7,9 Prozent, JABLOKO mit 7,8 Prozent, PRES mit 6,8 Prozent und der DPR mit 5,5 Prozent.

Die übrigen Parteien und Wahlblöcke konnten die Fünf-Prozent-Hürde nicht überspringen, die RBDR erhielt nur 4 Prozent, die „Bürgerunion für Stabilität, Gerechtigkeit und Fortschritt“ knapp 2 Prozent, „Zukunft Rußlands – Neue Namen“ 1,3 Prozent, die „Konstruktiv-ökologische Bewegung Rußlands ‚Zeder‘“ 0,8 Prozent und die Wählervereinigung „Würde und Barmherzigkeit“ 0,7 Prozent. Gescheitert sind also die Wahlgruppierungen der zu Jelzin in „konstruktiver Opposition“ stehenden Reformpolitiker (RBDR), der Unternehmer („Bürgerunion für Stabilität, Gerechtigkeit und Fortschritt“), der ehemaligen Komsomolzen („Zukunft Rußlands – Neue Namen“), der Umweltbewußten („Konstruktiv-ökologische Bewegung Rußlands ‚Zeder‘“) sowie der Wissenschaftler und Künstler („Würde und Barmherzigkeit“).

Überraschend gut schnitt bei der Listenwahl vor allem die LDPR ab. Die Menschen haben meist nicht Schirinowskij gewählt, weil sie für seinen russischen Nationalismus sind, sondern aus Protest gegen die radikale Reformpolitik des Marktwirtschaftlers Gajdar, die zu wenig die soziale Komponente berücksichtigte. Der redegewandte Schirinowskij konnte – im Gegensatz zu den realitätsfernen und aus Karriere suchenden Demokraten – den Menschen den Eindruck vermitteln, daß er sie versteht. Er war der einzige Wahlkämpfer, der den verschiedenen Problemgruppen konkret versprach, wie er in relativ kurzer Zeit ihre Situation entscheidend verbessern werde.

„Wahl Rußlands“ ist die „Partei“ der neuen administrativen Struktur, welche die Nachfolge der KPdSU-Struktur angetreten und deren ehemalige Mitglieder übernommen hat. Dies wurde möglich, weil durch die Pensionierung von älteren Mitgliedern der Administration genügend Planstellen frei geworden waren für die Aufnahme der noch nicht pensionsreifen Mitglieder des KPdSU-Apparats. Dabei ging es nicht primär darum, daß die Anhänger von „Wahl Rußlands“ politisch von den Programmen des Wahlblocks überzeugt waren, sondern nur darum, daß sie wieder der Herrschaftsschicht angehören.

Der KPRF schlossen sich diejenigen Mitglieder des KPdSU-Apparats an, die durch das „Sieb gefallen“ waren, weil sie keine Beziehungen zu Mitgliedern der Administration hatten, die sie in ihren Apparat hätten holen können. Auch den KP-Mitgliedern geht es in ihrem politischen Kampf weniger

darum, die kommunistische Überzeugung zu verbreiten, sondern darum, wieder zur Funktionselite gehören zu können.

Am 28. Dezember 1993 veröffentlichte die russische Presse (Rossijekije westi 28.12.1993) die vollständige Liste aller gewählten Abgeordneten. Beim Föderationsrat spielt die Parteizugehörigkeit keine große Rolle. Von seinen 171 Mitgliedern gehören zwölf der KPFR an, acht dem Block „Wahl Rußlands“, je ein Abgeordneter der PRES, der RBDR, der Agrarpartei und der Bürgerunion sowie vier anderen Parteien und Organisationen, die nicht für die Wahl kandidiert haben bzw. keinem Wahlblock beitraten. Bei der Staatsduma hat die Partei ein viel größeres Gewicht.

Das neue Parlament und die Schirinowskij-Fraktion

Die Stärke der einzelnen Fraktionen resultiert aus der Listenwahl. Wenn diejenigen direkt gewählten Abgeordneten hinzugerechnet werden, bei deren kurzbiographischen Angaben eine entsprechende Partei- bzw. Wahlblockzugehörigkeit vermerkt ist, ergibt sich für die Staatsduma folgende partei- bzw. blockpolitische Zusammensetzung:

– *Demokraten*: „Wahl Rußlands“, 16,7 Prozent (40+34 Mandate), Jawlinskij-Block, 6,1 Prozent (20+7), PRES 4,3 Prozent (18+1), RBDR 0,9 Prozent (0+4).

– *Nationalisten/Kommunisten*: LDPR 14,4 Prozent (59+5), KPFR 10,8 Prozent (32+16), Agrarpartei 7,4 Prozent (21+12).

– *Zentristen*: „Frauen Rußlands“ 5,2 Prozent (21+2), DPR 3,4 Prozent (14+1) sowie die Wahlblöcke „Bürgerunion für Stabilität, Gerechtigkeit und Fortschritt“ 0,7 Prozent (0+3) sowie „Würde und Barmherzigkeit“ 0,5 Prozent (0+2).

– 2,9 Prozent (0+13) der Abgeordneten gehören *sonstigen Parteien* an und

– 26,8 Prozent (0+119) der Mandatsträger sind als *parteilose Unabhängige* ausgewiesen.

Das politische Kräfteverhältnis in der Staatsduma sieht demnach folgendermaßen aus: Die Demokraten verfügen über 27,9 Prozent der Stimmen, die Nationalisten/Kommunisten über 32,7 Prozent und die Zentristen über 9,7 Prozent. Auch im neuen Parlament wird es deshalb schwierig werden, Gesetze zu verabschieden, denn die politische Konstellation ist in der Staatsduma ähnlich wie im Volksdeputiertenkongreß. Keine der beiden Seiten hat eine Mehrheit hinter sich. Weder die Demokraten noch die Nationalisten/Kommunisten können Gesetze allein beschließen. Beide sind auf die Stimmen der Zentristen und der Unabhängigen angewiesen, deren Abstimmungsverhalten unstedet sein dürfte. Als Stabilitätsfaktor in solchen labilen gesetzgeberischen Situationen könnte sich die neue Verfassung erweisen.

Was sind das für Leute, die sich unter Schirinowskij's nationalistic Fahne in der Staatsduma zusammengefunden haben? Ihr Durchschnittsalter ist mit 45 Jahren relativ nied-

rig. Die größte Altersgruppe stellen mit 34,4 Prozent (22) die 41- bis 50jährigen, die sich in der entscheidenden beruflichen Karrierephase befinden. Es folgen mit 31,3 Prozent (20) diejenigen, die älter als 51 Jahre sind, mit 23,4 Prozent (15) die 31- bis 40jährigen und schließlich mit 10,9 Prozent (7) diejenigen, die jünger sind als 30 Jahre. In dieser Fraktion sind lediglich zwei Frauen vertreten. Es verwundert nicht, wenn 87,5 Prozent (56) der Mitglieder der LDPR-Fraktion Russen sind; vier Abgeordnete sind Ukrainer, zwei Weißrussen und je ein Mandatsträger Georgier und Grieche. Bis auf drei Mandatsträger besitzen alle Hochschulbildung.

Die größte Berufsgruppe in der Schirinowskij-Fraktion stellen mit 29,7 Prozent (19) die LDPR-Funktionäre. An zweiter Stelle rangieren mit 12,5 Prozent (8) die Wirtschaftsvertreter, gefolgt von der Gruppe der Klub- und Stiftungsleiter mit 9,4 Prozent (6). An vierter Stelle stehen folgende vier Gruppen mit jeweils 7,8 Prozent (5), die Präsidenten oder Direktoren von wissenschaftlich-praktischen Einrichtungen, wissenschaftliche Mitarbeiter, Lehrstuhlinhaber und Professoren sowie Chefredakteure bzw. leitende Journalisten, meistens von LDPR-Zeitungen. Die übrigen Berufsgruppen sind nur mit jeweils einem Abgeordneten in der Fraktion vertreten.

Es fällt auf, daß unter ihnen nur *ein* stellvertretender Kolchose-Direktor ist. Die Basis der Partei scheint auf dem Lande sehr schmal zu sein. Militärs und Diplomaten sind nicht vertreten. Lediglich ein 29jähriger Hörer der ehemaligen Hochschule für Politoffiziere, jetzt Humanistische Akademie der russischen Streitkräfte, ist zu verzeichnen und ein 32jähriger Hörer der Diplomatischen Akademie des russischen Außenministeriums.

Aufschluß über die *regionale Verankerung* der Partei geben die fünf Direktmandate. Obwohl Schirinowskij die LDPR-Liste anführte, kandidierte er gleichzeitig mit Erfolg in Schtschelkowo bei Moskau. Andere Direktmandate errangen LDPR-Kandidaten in Kirow, wo bisher ein Drittel der Beschäftigten in der Rüstungsindustrie arbeitete, im sibirischen Krasnojarsk, wo 1992 der III. LDPR-Parteitag stattfand, im multinationalen Gebiet Stawropol im Süden Rußlands sowie im nicht weit von der estnischen Grenze gelegenen Pskow (Pleskau).

Für die russische Führung dürfte es jetzt darauf ankommen, Schirinowskij's Protestwählerbasis durch eine *sozial verträglichere und weniger arrogante Reformpolitik* abzubauen, damit der LDPR-Führer bei den Regional- und Kommunalwahlen im Frühjahr 1994 nicht noch mehr Stimmen bekommt. Im neuen Parlament ist es Sache der Demokraten, mit Schirinowskij die politische Auseinandersetzung zu suchen und konsequent zu führen. Entweder entlarvt er sich dadurch selbst als Demagoge, der seine Wahlkampfversprechen nicht einhalten kann, oder die russische Regierung meint, die politischen Positionen Schirinowskij's nicht völlig ignorieren zu können. Sollte sie zu letzterem entschlossen sein und eine nationalere Außenpolitik führen wollen, zu der vor allem eine härtere Linie gegenüber den GUS-Staa-

ten gehören dürfte, so sind ihr dabei Grenzen gesetzt. Wenn sie nicht auf die vielfältige Hilfe des Westens verzichten will, auf die sie angewiesen ist, wird sie nicht zu einem – diesmal nationalistischen – kalten Krieg zurückkehren können, auch wenn wichtige Machtapparate in Moskau das zur eigenen Existenzbegründung gern möchten.

Die neue Verfassung bricht mit der sowjetischen Vergangenheit

Am 12. Dezember 1993 hat die russische Bevölkerung bei einer Wahlbeteiligung von 54,8 Prozent mit 58,4 Prozent der neuen Verfassung nur knapp zugestimmt (Rossijskaja gaseta 25. 12. 1993). An der neuen Verfassung war drei Jahre gearbeitet worden. Zum Schluß hatte Jelzin, so der Präsident in seiner Rede am 9. November 1993, den Entwurf noch selbst überarbeitet. Ferner habe der Verfassungsentwurf auch eine ausländische Begutachtung durchlaufen.

Die neue Verfassung bedeutet einen totalen Bruch mit der sowjetischen Vergangenheit. Nicht mehr eine Ideologie und eine Partei als deren Vordenkerin und Vollzugsorgan stellen den obersten Wert dar, sondern der Mensch mit seinen Freiheiten und Rechten, zu deren Beachtung und Schutz der Staat verpflichtet ist (Art. 2). Zu den neuen wichtigen Grundrechten, die in der Verfassung verankert sind, gehören das Recht auf Privateigentum (Art. 35, Abs. 1) und auf privaten Landbesitz (Art. 36, Abs. 1) sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit (Art. 37, Abs. 3). Die Verfassung garantiert die Freiheit der Massenmedien. Eine Zensur findet nicht statt (Art. 29, Abs. 5). Der Pluralismus in Form von politischer und Parteien-Vielfalt wird anerkannt (Art. 13, Abs. 3).

Nach Artikel 10 der Verfassung wird die Staatsmacht von den drei traditionellen eigenständigen staatlichen Gewalten ausgeübt, von der Legislative (Parlament), von der Exekutive (Regierung) und von der Judikative (Gerichtsinstanzen). Das Parlament – die Föderalversammlung – besteht aus zwei Kammern, dem Föderationsrat und der Staatsduma. In den Föderationsrat entsendet jedes der 89 Föderationssubjekte je einen Vertreter der legislativen und der exekutiven Gewalt (Art. 95, Abs. 2). Die Schlußbestimmungen sehen allerdings vor, daß die Mitglieder des ersten Föderationsrates gewählt werden (Abs. 7).

Die beiden Kammern des russischen Parlaments haben unterschiedliche Zuständigkeiten (Rossijskaja gaseta 25. 12. 1993). Der *Föderationsrat* als die Vertretung der Republiken und Gebiete der Russischen Föderation:

- Er stimmt den von der Staatsduma beschlossenen Gesetzen mit einfacher Mehrheit aller seiner Mitglieder zu (Art. 105),
- bestätigt eine Änderung der Grenzen zwischen Subjekten der Russischen Föderation (Art. 102),
- bestätigt ein Dekret des Präsidenten über die Verhängung des Kriegs- bzw. des Ausnahmezustandes,

- entscheidet über den Einsatz der Streitkräfte im Ausland,
- ernennt die obersten Richter und den Generalstaatsanwalt nach Vorschlag der Kandidaten für diese Ämter durch den Präsidenten (Art. 83).

Auch wenn die *Staatsduma* nach der neuen Verfassung nicht mehr die starke Stellung hat wie der Volksdeputiertenkongreß bzw. der Oberste Sowjet, so obliegen ihr doch wichtige Funktionen:

- Sie beschließt Gesetze mit einfacher Mehrheit aller ihrer Abgeordneten (Art. 103, Abs. 3);
- überstimmt mit zwei Drittel aller ihrer Abgeordneten die Ablehnung eines Gesetzes durch den Föderationsrat (Art. 105, Abs. 5);
- überstimmt mit zwei Drittel aller ihrer Abgeordneten zusammen mit dem Föderationsrat das Veto des Präsidenten gegen ein Gesetz (Art. 107, Abs. 3);
- stimmt dem vom Präsidenten vorzuschlagenden Kandidaten für das Amt des Regierungschefs zu, aber nicht der Ernennung der übrigen Regierungmitglieder (Art. 103, Abs. 1);
- spricht der Regierung das Mißtrauen aus, ohne sie jedoch absetzen zu können (Art. 117, Abs. 3);
- leitet ein – allerdings kompliziertes – Verfahren zur Amtsenthebung des Präsidenten beim Verfassungsgericht ein, wenn er Hochverrat oder ein schweres Verbrechen begangen hat, ohne ihn selbst absetzen zu können (Art. 93);
- ändert die Verfassung (außer die Kapitel 1, 2 und 9) mit zwei Drittel der Stimmen aller ihrer Abgeordneten zusammen mit drei Viertel der Stimmen der Mitglieder des Föderationsrates (Art. 136 und 108, Abs. 2);
- beantragt im Falle der Änderung von Verfassungsartikeln in Kapitel 1 (Grundlagen der Verfassung), 2 (Rechte und Freiheiten der Menschen) und 9 (Verfassungsänderungsverfahren) mit drei Fünftel der Stimmen aller ihrer Abgeordneten im Zusammenwirken mit dem Föderationsrat die Einberufung einer Verfassungsversammlung (Art. 135, Abs. 2).

Der *Präsident* kann die *Staatsduma* – nicht den Föderationsrat – auflösen:

- wenn die *Staatsduma* den vom Präsidenten vorgeschlagenen Kandidaten für das Amt des Regierungschefs dreimal abgelehnt hat (Art. 111, Abs. 4),
- wenn sie innerhalb von drei Monaten der Regierung erneut ihr Mißtrauen ausgesprochen hat und der Präsident an der Regierung festhalten will (Art. 117, Abs. 3),
- wenn die *Staatsduma* auf Anfrage des Regierungschefs das Vertrauen verweigert (Art. 117, Abs. 4). In den letzten beiden Fällen darf der Präsident die *Staatsduma* allerdings nicht im ersten Jahr nach ihrer Wahl nach Hause schicken (Art. 109, Abs. 3).

Darüber hinaus hat der Präsident noch weitere Kompetenzen. Das Staatsoberhaupt

- leitet Kabinettsitzungen (Art. 83),
- bestimmt die Grundlinie der Innen- und Außenpolitik und leitet auch letztere (Art. 80, Abs. 3 und Art. 86),
- ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte (Art. 87),
- gewährleistet das einvernehmliche Funktionieren und Zusammenwirken der Organe der Staatsmacht,
- ist der Garant der Verfassung sowie der „Rechte und der Freiheiten des Menschen und Bürgers“ (Art. 80, Abs. 2),
- ernennt die Mitglieder der *Staatsduma* an (Art. 84) und
- ordnet ein Referendum an (Art. 84).

Was kommt nach Boris Jelzin?

Die Verfassung beseitigt die bisherigen unterschiedlichen Rangstufen im *Selbständigkeitsgrad* der insgesamt 89 Föderationssubjekte: der 21 Republiken, 6 Regionen, 49 Gebiete, der beiden Städte mit Bundesbedeutung Moskau und St. Petersburg, des Jüdischen Autonomen Gebiets sowie der 10 Autonomen Kreise. Alle 89 sind jetzt gleichberechtigte Subjekte der Russischen Föderation (Art. 5, Abs. 1). Dem widerspricht Artikel 66, der den Republiken eine Verfassung und den Gebieten nur ein Statut zuerkennt. Außerdem könnten sich die Autonomen Kreise auf ihre verfassungsmäßig verankerte Gleichberechtigung berufen und ihre bisherige Unterstellung unter ein Gebiet ablehnen. Auf diese Weise käme die gesamte föderale Ordnung der Russischen Föderation durcheinander.

Auf der anderen Seite nimmt die Verfassung den ranghöchsten Föderationssubjekten, den Republiken, ihre Souveränität. Träger der Souveränität und einzige Quelle der Staatsmacht in der Russischen Föderation ist nun ihr multinationales Volk (Art. 3). Konsequenterweise ist der Föderationsvertrag vom 13. März 1992, der den Republiken ausdrücklich die Souveränität als Staaten zuerkennt, nicht mehr Bestandteil der Verfassung. Die Republiken dürften die ihre Souveränität aufhebenden Verfassungsbestimmungen als nationale Beleidigung empfinden. Die Frage ist, ob sich die Republiken mit der Aufhebung ihrer Souveränität und ihrer wirtschaftlichen Sonderrechte abfinden werden oder ob dies nicht die Verselbständigungstendenzen unter ihnen noch verstärken wird.

In Zeiten des Umbruchs und der schwierigen Transformation braucht man eine starke Autorität an der Spitze in der Person des Präsidenten. Man ist dann allerdings – in Rußland wie im Westen – in gleichem Maße auch von der Person abhängig bzw. auf die Person angewiesen, die das Amt des Präsidenten innehat. Auf der anderen Seite wird Rußland noch lange Zeit auf vielfältige westliche Hilfe angewiesen sein. Jelzin weiß, daß sein Land nur dann diese in erheblichem Maße erwarten kann, wenn es den Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft nicht verläßt.

In den Schlußbestimmungen der Verfassung ist festgelegt, daß die erste Legislaturperiode nur zwei Jahre dauern soll. Diese Bestimmung muß im Zusammenhang damit gesehen

werden, daß Jelzin von seinem Entschluß wieder abgerückt ist, sich am 12. Juni 1994 vorgezogenen Präsidentschaftswahlen zu stellen, so daß er bis zum Ende seiner regulären Amtszeit russisches Staatsoberhaupt sein dürfte. Er möchte 1996 nicht erneut kandidieren und will in der Zwischenzeit einen würdigen Nachfolger für sich aussuchen. Das bedeutet, daß 1996 Neuwahlen sowohl des Parlaments als auch des Präsidenten stattfinden dürften und daß sich erst in zwei bis drei Jahren die mittelfristig geltende politische Konstellation

herausbilden wird. Zu diesem Zeitpunkt könnte auch eine *Verfassungsänderung* vorgenommen werden, die jetzt schon entworfen wird. Ob diese Verfassungsänderung nur vorhandene Widersprüche beseitigt oder vielleicht auch die demokratischen Gegengewichte zum machtvollen Amt des Präsidenten stärkt, ist offen. Diese Frage wird an politischer Bedeutung gewinnen, wenn sich abzeichnen sollte, daß in einer Stichwahl unter Umständen Schirinowskij die Präsidentschaftswahl gewinnen könnte. *Eberhard Schneider*

Ein Land im Wirtschaftsfieber

Steht China vor einem politischen Wandel?

Die Volksrepublik China erlebt seit Jahren einen Wirtschaftsboom, der das Gesicht des Landes teilweise gewaltig verändert hat. Politisch befindet sich das Riesenreich derzeit in einer Art Wartestand. Die kommunistische Partei hält weiterhin an ihrer Herrschaft fest, aber niemand kann voraussagen, in welche Richtung sich die Dinge nach Deng Xiaoping entwickeln werden. Auch die Religionsgemeinschaften sind nach wie vor der staatlichen Kontrolle unterworfen, nicht zuletzt die katholische Kirche. Die vielfach erwartete Normalisierung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik und dem Heiligen Stuhl steht noch aus.

Ausländische Besucher, die in regelmäßigen Abständen in die VR China reisen, berichten durchgehend mit Besorgnis oder gar mit Entsetzen über die Begleitumstände, die die Einführung der *sozialistischen Marktwirtschaft* in China begleiten. Auch die große Zahl der einfachen Touristen, die den Versprechungen der Reise-Unternehmen über das faszinierende Land der Chinesen gefolgt sind, erfahren eher die negativen Seiten des chinesischen Wirtschaftswunders. Der Verkehr in den Großstädten hat rasant zugenommen, da die Zahl der privat genutzten Autos sprunghaft gewachsen ist und die eingespielte Aufteilung, daß der Individualverkehr vornehmlich mit dem Fahrrad erledigt wird, nicht länger gilt. Die wachsende *kapitalistische Mentalität* hat auch zur Folge, daß die Fluggesellschaften, Hotels und andere touristischen Institutionen im großen Stil Überbuchungen zulassen – mit entsprechenden negativen Auswirkungen für die betroffenen Besucher.

Politisch gesehen, befindet sich die VR China in einer Art Wartestand. Der starke Mann Chinas, der *Deng Xiaoping* trotz seiner kleinen körperlichen Statur für mehr als ein Jahrzehnt gewesen ist, hat schon lange den Verzicht auf alle offiziellen Ämter erklärt, wegen zunehmender physischer Schwäche jetzt aber auch wohl tatsächlich seinen Einfluß verloren. Die Frage, wer seine Stellung erben wird, ist trotz der Quasi-Benennung von *Jiang Zemin*, der die entscheidenden Positionen des Generalsekretärs der kommunistischen Partei Chinas, des Präsidenten und des Vorsitzen-

den der Verteidigungskommission innehat, noch nicht entschieden.

Zu schnelles Wirtschaftswachstum

Die Vollversammlung des Zentralkomitees der Chinesischen Kommunistischen Partei (11.–14. November 1993) bestätigte den schnellen Entwicklungskurs, den Deng Xiaoping in seinen letzten Reden und Verlautbarungen empfohlen haben soll. Von Deng wird das Zitat überliefert, daß „langsame Entwicklung nicht Sozialismus“ darstelle und „nur eine schnelle Entwicklung vernünftig“ sei. Nach Angaben des Statistischen Amtes in Beijing stieg das Bruttosozialprodukt 1993 um 13 Prozent, gegenüber 12,8 Prozent für 1992. Die Kehrseite der zweistelligen Wachstumsraten zeigt sich in der Entwicklung der Inflationsrate, die mit 17,9 Prozent in den Städten und 14,5 Prozent auf Landesebene einen neuen Rekord erreicht hat. Verglichen mit 6,4 Prozent für 1992, ist das mehr als eine Verdoppelung. Fachleute sprechen davon, daß eine langsamere Entwicklung mit einer Wachstumsrate von knapp unter 10 Prozent der chinesischen Volkswirtschaft besser entsprechen würde als das gegenwärtige allzu schnelle Wachstumstempo. Innerhalb der gegenwärtigen politischen Führungsspitze finden sich Generalsekretär Jiang Zemin und Ministerpräsident *Li Peng* vereint auf seiten der Wachstumsbefürworter, während Finanzminister *Zhu Rongji* sich